

# Vossische



# Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurzgettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag Ullstein'sche Verlagsbuchhandlung für den Gesamtbetrieb (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Miesch Berlin. Für Rücksendung unvert. Manuskripte ist Porto beizulegen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Versehrte Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3648, für den Parverkehr Amt Dönhofs 3688-3688. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin Postchekkonto Berlin 908.

## Sondersteuer statt Gehaltskürzung

Sanierung durch Notverordnung

Es ist so gut wie entschieden: das Finanzprogramm der Regierung wird durch Notverordnung auf Grund des Art. 48 in Kraft gesetzt werden. Gleichzeitig wird die Notverordnung im Fall in einer neuen Fassung erscheinen, die einige Verbesserungen bringen soll, u. a. hinsichtlich der Steuerbefreiungen. Die Regierung will damit Wünschen entsprechen, die der Hauptausgang in Form von Entschuldigungen vorbringt. Die Sitzung des Reichstages, in der der formale Beschluß gefaßt werden soll, die Finanzsanierung mit Hilfe des Art. 48 förmlich durchzuführen, ist auf Sonntag abbestimmt.

Es wird aber nicht möglich sein, alle Gehaltskürzungen als Notverordnungen zu veröffentlichen. Das gilt besonders von jenen,

die versorgungsändernd sind und im Reichstag zur Annahme einer qualifizierten Mehrheit bedürftig wären. Dazu gehört das Gehalt über die Gehaltskürzung und des Pensionierungs-Gesetz.

Auf die Gehaltskürzung wird die Reichsregierung deshalb formell verzichten. Den erstrebten finanziellen Effekt also doch erreichen, daß sie eine Sondersteuer von 6 u. 8 auf die Beamtengehälter legt. Das sogenannte Stöpsel, das bis zum 31. März erhoben wird, wird auf dem Bezugsungswege neu geschaffen und zu einem höheren Satz, nämlich 6 u. 8, erhoben werden. Ein gleiches Verfahren gegenüber den Aufsehergehilfen und d. h. liegt aber nicht in der Absicht der Regierung. Das Pensionierungs-Gesetz wird insoweit vorläufig liegen bleiben.

## Vom Nationalismus zum Terror

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

Kattowitz, 29. November

Jeder Tag, den man in dem wieder einmal zu trauriger Überführigkeit gewordenen Oberschlesien verweilt, bringt immer neue erschütternde Material über die in den vielfältigsten Formen geübte Verdrängung und Verfolgung der im politisch gebildeten Teil Oberschlesiens anwesenden Deutschen. Es gibt zwar so allem darum, weil viele Menschen wirklich kein anderes Verbrechen auf sich geladen haben, als daß sie sich weiter dem deutschen Volkstum verbunden fühlen, Deutsch sprechen wollen und ihre Kinder in die durch internationale Verträge garantierte Minderheitsrechte (s. d.).

Wochenlang vor den von der Warschauer Pfändlings-Regierung nach den Wünschen der „genannten“ Wahlen begann die Debatte gegen den deutschen Völkerei, und die Wahlpolitik der Säuberung des polnischen Landes von fremden Elementen wurde bald so wörtlich genommen, daß sie in die brutalsten Taten ausartete. Ihren Höhepunkt erreichten die Ausschreitungen in der vorigen Woche zwischen den Wahlen zum Warschauer Parlament, und zum schließlichen Geim, der Oberbeschlüssen nach vor der Volksabstimmung des Jahres 1921 als Gedächtnis für historische Gerechtigkeit innerhalb des polnischen Staates gefestigt wurde.

Der polnische Nationalismus hatte es sich diesmal besonders zum Ziele gesetzt, zu beweisen, daß Oberbeschlüssen zu hundert Prozent polnisch fei. Man verläugte nicht nur auf dem Wege der Ungültigkeitserklärung deutscher Wahlverordnungen oder der Annullierung des Wahlrechts von Deutschen, die hier mit der Entscheidung dieses kassationsgerichtlichen Grundurteils identisch wurde, dieses Ziel zu erreichen, sondern ging mit schändlichsten Verbrechen von Leib und Leben vor.

Man muß bei deutschen Minderheiten keine Bemerkung darüber ausprechen, daß sie trotzdem sich nur in den wenigsten Fällen einschließen ließ und eine Entschuldig aufsuchte, die fast genau derjenigen früherer Wahlen entspricht, wenn man die Verdrängungen des Wahlrechts und die künstlich ungültig gemachten Stimmen einrechnet.

Man kann sich im Reichsgesetz eine Vorstellung davon machen, wie sich denn nun eigentlich die berechtigten Terrorakte des polnischen Aufständigen-Verbandes, einer nationalmännlichen, militärisch aufgestellten Organisation, abgepielt haben. Viele Hunderte solcher Fälle sind inzwischen amtlich festgestellt und zur Kenntnis der Behörden und des deutschen Volkstums, der bevollmächtigten Organisation zur Wahrung der Minderheitsrechte, gebracht worden. Es seien am solcher Protokolle als typisch herausgegriffen.

Ein Dorfbesitzer, der neben der Landwirtschaft einen kleinen Handel betreibt, berichtet, daß die Polizei-Kommanden erschien in seiner Wohnung und äußerte folgendes: Wie ich gehört habe, sind Sie immer als Parteimitglied für die deutsche Partei aufgetreten. Falls Sie nicht mit Ihrer Agitation aufhören, werden Sie große Steuern zahlen müssen. Die Polizei wird Ihnen jede Woche nicht fünf, sondern 25 Pfund Strafe geben, und schließlich wird Ihnen die Wude zugesprochen. Man wird Ihnen noch einmal die Knochen im Leibe drehen, die Scheiden einschlagen und das ganze Haus verwüsten. Eine Wache folgte wurden tatsächlich mitten in der Nacht bei mir die Scheiden eingeschlagen und zwei Revolverhülsen in unser Schlafzimmer abgeworfen.

Der andere Fall: Im Haus eines deutschen Mühlenbesizers auf dem Dorfe wird Hochzeit gefeiert. Am späten Abend, als die Hochzeitsgäste zu Tans gegangen sind, erschienen Heber maskierte Banditen, feuern zunächst einen Schuß durch das Fenster gegen das Zimmer, in dem die Familie beim Abendessen sitzt. Die Regel heißt hier am Kopf des Hochzeitskuchens vorüber. Am nächsten Morgen sind sieben Doppelpfeiler einschließlich der Fensterhaken zerstört. Die Wunde bringt ins Zimmer, zerlegt mit Geld das Geheiß. Das aufgetragene Essen wird auf den Boden geschüttet. Es entpuppt sich ein langer Kampf. Schließlich kommt Hilfe von Nachbarn. Der Hochzeitsabend ist zerstört, die Abendmahlzeit verunreinigt.

Das sind die hundertfachen Fälle. Manchmal kam es nur zum Fensteranschlag, manchmal aber wurden es zum Beispiel in Hohenbrunn, die schlimmsten Taten verübt, die für die Betroffenen schwerste materielle Einbuße und zum Teil langes Krankenlager zur Folge haben.

## Präsident Hoover kämpft für den Haag

Aber er stößt auf einen unerwartet heftigen Widerstand

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

New York, 29. November

Präsident Hoover hat einen schweren innenpolitischen Konflikt herausgeschoben durch die Ankündigung, daß er dem Senat die Vorlage über den Beitritt Amerikas zum Haager Weltfriedensgericht zulassen werde. Hoover hat allerdings behauptet, er habe nicht bemerkt, daß die Vorlage noch in vieler Hinsicht zur Verbesserung gelangt; er würde einverstanden sein, wenn der Kongreß die Entscheidung bis 1931 zurückstellen würde. Er hat trotzdem sofort abweichende Erklärungen führender republikanischer Politiker herausgegeben.

Schon wenige Stunden nach Bekanntgabe der Absicht des Präsidenten veränderte der Führer der republikanischen Gruppe im Senat, Whelan, daß er viele Aktion Hoovers, dem er bisher unbedingt gefolgt ist, nicht mitmachen könne, weil er ein Gegner des Völkerbundes sei. Amerikas Beitritt zum Weltfriedensgericht wäre aber nichts anderes als ein Eintritt in den Völkerbund durch eine Hintertür. Dagegen müßte er entsempfen.

Diese Stellungnahme Hoovers ist für alle anderen unerwarteten Gegner des Völkerbundes das Signal zum Zusammenstoß. Sie wollen die Absicht Hoovers, die Beratung bis 1931 zu verschieben, durchkreuzen und die Debatte im Senat sofort eröffnen. Der Widerstand, den Hoover findet, wird sich bei der Beratung des Budgets auswirken und die Hoffnung auf eine glatte Verabschiedung des Staats in der gegenwärtigen Session hat sich fast verringert.

Hoover hat seine Schwierigkeiten auch noch dadurch vergrößert, daß er zum Beschäftigen des ausstehenden Reichsministeren Davis den Vorsitzenden der unabhängigen Eisenbahnen-Gesellschaft, William Doak, ernannt hat. Doak gehört nicht der Föderation of labour an, die schon einmal aus diesem Grunde die Ernennung Doaks verhindert hat. Hoover hat den auch jetzt widerholten Einbruch überhört, weil Doak einer seiner engherzigsten politischen Freunde ist, der ihm bei der Präsidentenwahl sehr nützlich unterstellt hat. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob der Senat bei der herrschenden Stimmung die Ernennung Doaks bekräftigen wird.

Wird haben. Senatspräsident Cullinan, der in einem Briefe an den präsidenten Vizepräsidenten Truman sich ebenfalls bemüht hatte, Organistill zu Fall zu bringen, bezog diese Beziehungen auf sich.

In der Verhandlung stellt die liberale Partei eine große Anzahl von Beweismitteln, um nachzuweisen, daß die Beziehungen des Staatssekretärs Wegg sich tatsächlich auf Cullinan bezogen haben müßten. Das Gericht lehnte die Anträge zum Teil als unannehmlich, zum Teil als nicht zweckmäßig für den erstrebten Zweck ab. Der Richter nahm aber Gelegenheit, bei diesem Anlaß dem Kläger ausdrücklich zu bestätigen, daß das Gericht keine Notwendigkeit habe durchsah ebenfalls anerkennen und ihm vollständig zu habe aus dem Bestreben, das Beamtenrecht wieder herzustellen, gehandelt.

Staatssekretär Wegg wurde telefonisch beherzigen, um sich den Fragen des Klägers zu stellen. Aus der Bemerkung ergab sich mit Sicherheit, daß Staatssekretär Wegg, als er die intimierten Worte sprach, von dem Anwalt des Klägers an der gegen Organistill gerichteten Bewegung keine nähere Kenntnis hatte, insbesondere nicht davon, daß die Richter schließlich kein an Raum gerichteten Briefes auch den Reaktionsorganisten zugesandt hatte, um sie zu bewegen, dem Beamtenantrag gegen Organistill ihre Stimme zu geben.

Auf die Frage, wie Wegg sich äußere, daß in der Definitivität allgemein diese Worte als auf Cullinan gemünzt angesehen werden seien, bemerkte Wegg mit scheinbarer Schärfe: Es tut mir leid dem Kläger damit wehe zu tun, aber ich kann es mir nur so erklären, daß die Definitivität eben von dem Vorbegehen des Klägers schon mußte.

Nach langen Verhandlungen kam das Gericht schon gegen 2 Uhr zur Entscheidung.

## Staatssekretär Wegg freigesprochen

In dem Prozeß Cullinan

In dem Verfolgungsprozeß des Senatspräsidenten Cullinan gegen den Staatssekretär Wegg erfolgte heute nachmittags Freispruch.

Seine Verurteilung wurde in mehrstündiger Verhandlung die Verurteilungsgestaltung des Senatspräsidenten Cullinan beim Übernahmungsgericht gegen den Staatssekretär im präsidenten Innenministerium Dr. Wegg nur bei Eingeklagten des Amtsgerichts Berlin-Mitte, Amtsgerichtspräsidenten, verhandelt.

Die Verteidigung vor dienstlicher Überleitung wurden zunächst nicht erscheinen, sondern durch Rechtsanwalt Otto Sanaberger vertreten. Der Rechtsanwalt, Cullinan, war mit dem Rechtsanwalt Terras erschienen. Der Klage zugrunde liegt die Abschiebung, die Staatssekretär Wegg am 1. März dieses Jahres beim Präsidenten des damaligen präsidenten Innenministeriums, gegen Polizeipräsidenten Organistill, hielt.

Organistill war im Zusammenhang mit einer Fälle persönlicher Beurlugungsumfängen, die sich gegen ihn wandten, um Amt zurückzutreten, und Staatssekretär Wegg nahm Gelegenheit, dem Gericht die Sympathie und Anteilnahme der Beamten des Ministeriums zu erklären. Dabei brachte er zum Ausdruck, daß für die Verurteilung und niedrigen Gefallen alle nur empfindliche Beratung







Deckungsräume zum Kontrahenschuß

Freundliche Stimmung

Charakteristisch für die heutige Börse war, daß Orders von ansehender Seite so wie überhaupt nicht eingetroffen waren, in dem die Börse völlig unter sich bleiben wollte...

Verkehrsgesellschaften waren im Einklang mit der allgemeinen Börsenstimmung etwas feierlich. Auch-Motoren liefen Geringfügig um 20 Punkte auf 850 fast im Wochenverlauf...

Am heimischen Restenmarkt konzentrierte sich die Tendenz auf den Bereichsbedarf, zum Teil sogar freundlicher. Schulbuchforderungen...

Berliner Kredit setzten am Kassamarkt ihre Aufwärtsbewegung fort. Die Prioritäten stiegen bei allerdings kleinem Geschäft um...

Table with 2 columns: Name and Price. Includes entries like Müller Käse, Dehninger Bier, etc.

Reichsbahn-Spekulation

Am Geldmarkt wirkte sich der Ultimatum in einer nochmaligen Steigerung der Spekulation um ein Vielfaches aus. Die Reichsbahn...

Am Devisenmarkt wurde die amtliche Devisenliste unverändert mit 14,045 festgesetzt, während der Pfundkurs auf 30,964 herunterging...

Table with 4 columns: Name, Gold, 20 Gold, 100 Gold. Lists various companies and their stock prices.

Besonders am Schiffsmarkt machte die Deckungen bis zum Schluß an. Sie machten sich vor allem in Hamburg-Süd bemerkend...

an der Nachbörse kleinerlei neuangeordnete Veränderungen mehr gegenüberstanden, über den Vortags-Schlußkursen. Salzfürter 300 (228), Ankerhafen 129 (148)...

Hoesch-Ausgabenprogramm beilegt

J.G.-Bilanzen vor der Fusion

Die letzten getrennten Abschlüsse der bisherigen IG-Partner Eisop- und Stahlwerke Hoesch AG. und Köln-Nüssener Bergwerks-Verein enthalten im Berichtsjahr erstmalig die beiden Werte über die bevorstehende Fusion...

In der Eisenindustrie war zu Ende des Hoesch-Gesellschaftsjahrs in Hoesch und Freydenberg ein erhebliches Tiefstand erreicht worden. Was trotzdem die Gesamtproduktion der Hoesch-Anlagen auf 0,76 (0,67) und der Stahlwerke auf 0,56 (0,59) Mill. T. gesteigert werden konnte...

Fort mit den Kampfziffern

Verkehrsprogramm des I. u. H. Tages

Ummitte über Abschluß der Beratungen des Reichsverkehrsministeriums, die auf eine Linderung des Wettbewerbs zwischen Eisenbahn und Auto abzielen, tritt der Deutsche Reichstag...

nicht Drosselung des Kraftverkehrs durch Sondersteuern und Auschlussabgaben

sondern nur Rücknahme auf die Lebensnotwendigkeiten der Reichsbahn, und des Gesamtverkehrs. Gleichheit der Wettbewerbs soll dadurch geschaffen werden, daß die Kraftwagen genau so viel Steuern zahlt wie Unterhaltung und Reparatur...

Dr. Hugo Heymann 60 Jahre alt

Der Mitinhaber der langjährigsten Berliner Getreidefirma M. Heymann & Co. Dr. jur. Hugo Heymann, feiert am 3. Dezember seinen 60. Geburtstag. Der Jubilar, der seit Jahrzehnten zu den angesehensten Mitgliedern der Reichsbahn...

Gründung der Zellstoff-Syndikat G. m. b. H.

Die Deutsche Sulfit-Zellulosefabrik hat sich mit der Firma Zellstoff-Syndikat G. m. b. H. zusammengeschlossen. Dem Drang nach Preisabwärtung wird in dem demnächstigen Vertrag eine Forderung nach Beibehaltung der Verträge für Dezemberlieferungen wird vorausichtlich in den ersten Tagen des Dezember erfüllt, wobei in Aussicht genommen...

Weltere Verhaftungen im Oesterreich-Schwarz. Die Verhaftung des Bankiers Oesterreich, wird der 'Voss. Zig.' aus Paris gemeldet. Er zügelte noch die Beute anderer Verhaftungen...

(75%), Vereinigte Stahlwerke 64% (63%) und Polyphon 15,6% (16,0%).

Enzelsdorf-Brauerer wieder 13 pCt. Die ausstehende Stelle erfahren wir, daß der Enzelsdorf-Brauerer AG. wieder ein Dividende von 13 pCt. zu beziehen (1929 10 pCt. Devisen)...

Die Konsortial-Aufkauftaktung der Großkonzerne mit Erneuerung der Eisenverbände zurückzuführen sein. Schwere Kritik an den Forderungen der Bankguthaben auf 38,81 (38,22), während sich die unbedingten Schuldtitel...

Der K. u. N. Eisenverein übersteigt die Kohlenlieferungen mit 2,51 (2,38) die Vorkräfte um 5,32 pCt. und die Kohlenherstellung von 0,78 (0,67) Mill. T. um 16,29 pCt. In den letzten vier Monaten des Berichtsjahrs sind in drei Absatzziffern Ausfälle bis über 20 pCt. im Vergleich zum Januar eingetreten...

hatten etwa eine Börsensetzung begründet. In der die Propaganda für gewisse Börsenwerte unterstanden, deren Kurse von Oesterreich seinen Mitverhältnissen künstlich in die Höhe getrieben wurden.

Ver. Jute begründet

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Die Kapitalzusammenlegung der Vereinigte Jute- und Wolle AG. Hamburg, von 15,1 auf 5 Mill. RM und Wiedererhöhung der Mill. RM. Die Jute- und Wolle AG. Hamburg, die im vergangenen Jahre in den Geschäftsjahren für 1929 u. a. wie folgt begründet: Die Kalkutta-Industrie, die 60 pCt. der Weltproduktion umfaßt...

Amalgamier-Pool Hapag-Horn-Intec.

Das fremdbesitzliche Amalgamier-Pool Hapag-Horn-Intec. der Hamburg-Amerika-Linie in der Fahrt nach Westindien ist, wie WTB-Handelsliste erfährt, vor kurzem dadurch enger gesteuert worden, als bisher. Die beiden Hapag-Linien e. V. 5. pCt. Mühlenwerke AG. und der Schillerthor AG. Er bekleidet außerdem verschiedene öffentliche und private Ehrenämter.

Das Ende der Steiner Dampfer-Konzerne

Die Steiner Dampfer-Konzerne, die im vergangenen Jahre die 'Vossischen Zeitung' aus Stettin gegen sich hatte, die Liquidation der Gesellschaft und die Abschluß von Verträgen mit dem Norddeutschen Lloyd (N. L.) in Stettin. Unter den ausgetretenen Aktionären befindet sich Hermann Stimmig von Norddeutscher Lloyd Bremen.

Kapitaltransaktion Friedebertsen Solberg

Die Kapitaltransaktion Friedebertsen Solberg, die im vergangenen Jahre ein G. v. N. in der über die Einzahlung von 100.000 RM im Jahre 1929 in die Gesellschaft eingeleitet wurde, ist nunmehr abgeschlossen worden. Gleichzeitig sollen 500.000 RM neue Spritzguss-Vorstellungsmittel ausgegeben werden. Von der Verwaltung ergeht die Forderung, daß die Aktionäre sich in der nächsten Zeit auf Grund der Produktionsabrechnung und sonstigen Begleitumstände der Wirtschaftskrisis geboten ersuchen. Der Gegenwert der Aktien wird durch die Einzahlung von 100.000 RM, sowie etwa vier hundert Aktien zum Bezugs angeboten werden. In erster Linie zum Ausgleich der Aufwendungen für den Erwerb der Aktien. Die Einzahlung der Verzugssumme ist gesichert.





